

# laut & leise

Magazin der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich

Nr. 1, März 2002, erscheint dreimal jährlich, Jahresabonnement Fr. 20.–



**Macht Politik  
Süchtige?**

**SUCHT BEGINNT IM ALLTAG. PRÄVENTION AUCH.**  
Die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich

**Frustriert?  
Gelangweilt?  
Depressiv?**

**Suchtpräventions-  
Hotline.  
Hier. Jetzt. Gratis**

**0800 888 1111**



# Neues Betäubungsmittelgesetz – wohin?

**E**nde der achtziger Jahre war die drogenpolitische Situation der Schweiz geprägt durch hohe Konsumraten, zunehmende Verelendung der Schwerstabhängigen, offene Szenen und geringe Investitionen in die Prävention. Bekämpfungsstrategien waren nur in Ansätzen vorhanden.

15 Jahre später zeigt sich ein anderes Bild: Die Todesfallraten wegen Drogengebrauchs sind rückläufig, ebenso die Infektionsraten, insbesondere HIV-Infektionen.

**Ziel der drogenpolitischen Bemühungen sollte es sein, die Nachfrage nach entsprechenden Substanzen möglichst gering zu halten.**

Die offenen Drogenszenen sind verschwunden, die Verelendung der Schwerstabhängigen gebremst. Das tagespolitische Hickhack hat einer breiten, weltweit einmaligen Debatte über die grundsätzliche Ausrichtung der Drogenpolitik Platz gemacht.

Trotz diesen Erfolgen bleiben Fragen offen. Nach wie vor zeichnet sich die Schweizer Bevölkerung durch eine hohe Suchtbereitschaft aus. Jüngste Studien

belegen, dass Jugendliche zunehmend häufiger (und auch früher) zu Alkohol, Nikotin oder Cannabis greifen. Diese reale Konsumwelt steht zudem in eklatantem Widerspruch zur gänzlich ungleichen Behandlung dieser Substanzen durch das Gesetz. Durch die hohe Nachfrage ergeben sich neue Herausforderungen an die Prävention, aber auch an den Jugendschutz. Die legalen Substanzen werden zu permissiv behandelt, die illegalen kriminalisiert anstatt reguliert.

Die übergeordnete Zielsetzung, an der sich eine Revision orientieren soll, kann wie folgt formuliert werden: Ziel der drogenpolitischen Bemühungen sollte es sein, die Nachfrage nach entsprechenden Substanzen möglichst gering zu halten. Wenn Konsum gleichwohl stattfindet, sogar Abhängigkeit entsteht, dann sollen die Risiken bzw. Folgen für das Individuum, aber auch für die Gesellschaft (bezüglich Gesundheit, Folgekosten, Kriminalität usw.) klein gehalten werden. Zudem besagt das Menschenbild einer pluralistischen Gesellschaft, dass der Staat nicht in den individuellen Lebensstil mündiger Menschen eingreift, ausser es entstehe Drittgefährdung (etwa durch das Autofahren). Bei Unmündigen ist der Jugendschutz besonders zu beachten. Damit ergeben sich drei Anforderungen an die Revision:

- Die ärztliche Heroinverschreibung soll eine definitive gesetzliche Grundlage erhalten;
- Konsum und dessen Vorbereitungshandlungen (Besitz, zu definierende Kleinmengen) aller Drogen bzw. zumindest von Cannabis sollen straflos werden;
- für Cannabis soll unter klar regulierten Bedingungen versuchsweise auch ein Anbau bzw. Kleinhandel zugelassen werden (Opportunitätsprinzip).

Die Schweiz hat in den letzten zehn Jahren eine demokratische Mehrheit für einen vorsichtigen, langfristig kohärenten, pragmatischen Kurs in der Drogenpolitik gefunden. Diesen Kurs gilt es mit der Betäubungsmittelgesetzrevision teilweise gesetzlich zu festigen, teilweise weiterzuentwickeln.

Prof. Felix Gutzwiller, Präventivmediziner, Universität Zürich und Nationalrat

Im **Kontrapunkt** werden Gedanken geäußert, die nicht mit der Redaktion oder dem Herausgeber, den Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich, übereinstimmen müssen. Schreiben Sie uns Ihre lauten oder leisen Gedanken. Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: [info@suchtpraevention-zh.ch](mailto:info@suchtpraevention-zh.ch)

## IMPRESSUM

laut & leise Nr. 1, März 2002

**Herausgeber:** Die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich

**Zuschriften:** laut & leise, Postfach 7320, 8023 Zürich. E-Mail: [info@suchtpraevention-zh.ch](mailto:info@suchtpraevention-zh.ch)

**Redaktions- und Produktionsleitung:** Brigitte Müller, [www.muellertext.ch](http://www.muellertext.ch)

**Redaktionsteam:** Cathy Caviezel, Edith Pausewang, Inga Struve, Peter Trauffer (Vorsitz)

**Mitarbeiter/innen dieser Nummer:** Felix Gutzwiller, Christoph Meyer, Richard Müller, Georges Peterelli, Stefan Spring, Reto Wiesli

**Fotos:** Daniel Lienhard, Zürich

**Gestaltung:** Uz Hochstrasser, Zürich

**Druck:** Zürichsee Druckereien AG, Stäfa

**Bezug von weiteren Exemplaren:** Sekretariat Zürichsee Druckereien AG, Tel. 01/928 53 24  
Unkostenbeitrag: bis 10 Ex. Fr. 5.- / ab 11 Ex. Fr. 10.-

**Abonnement:** Fr. 20.- jährlich. Bestellen bei: Sekretariat Zürichsee Druckereien AG, Tel. 01/928 53 24

**Adressänderung und Abbestellung:** laut & leise, Postfach 7320, 8023 Zürich, oder [info@suchtpraevention-zh.ch](mailto:info@suchtpraevention-zh.ch)

*Die Beiträge in «laut & leise» geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Diese muss nicht mit der Meinung des Herausgebers, der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich, übereinstimmen.*

## Inhalt

### Vom Verhalten zu den Verhältnissen

Wie eine nationale Tabakpolitik die Suchtprävention unterstützen könnte ..... Seite 5

### Macht Politik Süchtige?

Interview mit Richard Müller, SFA..... Seite 9

### Lebensqualität ist ein Standort-Vorteil

Wie Gemeinden gezielte Alkoholpolitik machen ..... Seite 12

### Mediothek

Informationen zum Thema Politik und Prävention.....Seite 14

### Adressen

Das komplette Verzeichnis der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich .....Seite 15

# Suchtprävention

Ja, aber nur, wenn's  
nicht wieder in zuviel  
Sozialstaat ausartet.

*Unser PR-Berater,  
zum Beispiel,  
der kokst regelmässig,  
macht aber gute Arbeit.*

**Jein**  
FDPO

# Suchtprävention

Dass Prävention heute  
überhaupt noch jemand  
in Frage stellt, geht uns  
nicht in den Kopf.

*Das Ganze tangiert  
ja den Rotwein an  
unseren Fraktions-Sitzungen  
in keiner Weise.*

**JA**  
/SP

# Suchtprävention

Schon wieder  
Steuergelder zum  
Fenster hinaus  
schmeissen?

*Wir rauchen unsere  
Stumpen immer noch,  
wenn wir wollen!*

**Nein**  
aber ganz sicher nicht!  
**SVP**

# Vom Verhalten zu den Verhältnissen

**Der Tabakkonsum kostet Schweizerinnen und Schweizer 10 Milliarden Franken pro Jahr. Eine nationale Tabakpolitik könnte die Suchtprävention wirkungsvoll unterstützen. Doch sind wir davon weit entfernt.**

Die Gesundheitsbefragungen der neunziger Jahre haben der Arbeit der Tabakpräventionsorganisationen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: unter keinem einzigen Gesichtspunkt kann von einem Rückgang der Raucherquote ausgegangen werden. Vergessen die Erfolge der achtziger Jahre, wo ein spektakulärer Konsumrückgang zu verzeichnen war. Aktuelle Trostworte wie «ohne Prävention wäre es noch viel schlimmer» oder «es gibt vor allem mehr Gelegenheitsraucher» können Präventionsfachleute nicht wirklich in Jubelrufe ausbrechen lassen. Denn die Zahlen sind niederschmetternd: Ein Drittel der Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren raucht, bei den bis 24-Jährigen sogar 40,5% der Frauen und 46,6% der Männer. Dieser Tabakkonsum tötet pro Tag 25 Leute, ist die wichtigste Ursache für den vorzeitigen Tod und kostet die Allgemeinheit 10 Milliarden Franken pro Jahr. Die Tabaksucht weitet sich offensichtlich zur Epidemie aus.

Verständliche und verbreitete Überlegung in weiten Präventionskreisen: Wenn sich das Verhalten nicht ändern lässt, so sollen die Verhältnisse geändert werden. Mit Massnahmen wie der Verschärfung der Deklarationspflicht, der Erhöhung der Tabakpreise, der Einschränkung des Zugangs zum Tabak (vor allem für Jugendliche), dem Verbot der Werbung und Rauchverboten in öffentlichen Räumen soll der Konsum gedrosselt werden. Ein Schönheitsfehler ist damit verbunden: Die Betroffenen werden zu ihrem gesundheitlichen Glück gezwungen, statt aus eigener Einsicht heraus mit dem Rauchen aufzuhören bzw. gar nie anzufangen. Doch dazu später.

Besehen wir uns erst einmal die «Verhältnisse» im Tabakbereich: Welche Massnahmen stehen im Vordergrund und wie ist die Situation in der Schweiz?

## Deklaration und Warnaufschriften

Erst seit dem Jahre 1978 sind Warnungen auf Zigarettenpackungen obligato-

risch, im Jahre 1995 sind sie denjenigen der EU angepasst worden. Dieselbe EU sieht in einer neuen Richtlinie vor, ab 2004 die Warnungen massiv zu verschärfen und irreführende Bezeichnungen wie mild und light zu verbieten. Die Schweizer Verhältnisprävention muss entsprechend den Gleichschritt mit der EU-Praxis anstreben.

## Werbeeinschränkungen

Ebenfalls 1978 wurde vor allem diejenige Werbung, die sich an Jugendliche richtet, Beschränkungen unterworfen. Sie ist heute in den elektronischen Medien verboten, an Orten, wo sich mehrheitlich junge Leute (unter 18-Jährige) aufhalten, sowie in Zeitschriften, die sich an Jugendliche richten. Die EU will mit ihrer Richtlinie sehr viel weiter gehen, ist in einem ersten Anlauf jedoch juristisch gestolpert,

Revision des Radio- und Fernsehgesetzes unmittelbar bevor. Dabei scheinen präventionswidrige Bestrebungen, insbesondere die Lockerung des Alkoholwerbverbots zugunsten der Privatsender, mehrheitsfähig zu sein.

## Einschränkungen der Erhältlichkeit

Verkaufsbeschränkungen an Jugendliche existieren in der Schweiz keine. Einzig die Gratisabgabe von Tabakwaren an unter 18-Jährige ist verboten. Absicht des Bundesamtes für Gesundheit ist es, im Rahmen des Nationalen Programms 2001–2005 zur Tabakprävention ein Verkaufsverbot für Jugendliche unter 16 Jahren einzuführen. Dabei ist die Frage der Zigarettenautomaten jedoch noch nicht angesprochen worden: Konsequenterweise müssten diese verboten werden. Die Zigarettenindustrie versucht bereits seit eini-

---

**In der Schweiz stehen die Diskussionen um Werbeverbote mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes unmittelbar bevor. Dabei scheinen präventionswidrige Bestrebungen, insbesondere die Lockerung des Alkoholwerbverbots zugunsten der Privatsender, mehrheitsfähig zu sein.**

---

weil die Gesundheit nicht Sache der EU, sondern der Mitgliedsländer ist. Geplant ist jedoch weiterhin eine massive Beschränkung der Tabakwerbung: Verboten werden soll sie in den gedruckten und den elektronischen Medien sowie im Internet. Auch das Sponsoring von grenzüberschreitenden Anlässen durch Tabakhersteller soll verboten werden – mitgemeint ist bei diesem Verbot auch die Gratisverteilung von Tabakerzeugnissen («Müsterli») als Mittel der Absatzförderung. Werbung im Kino und auf Plakaten und die indirekte Werbung können jedoch von der EU nicht geregelt werden – Regelungen in diesem Bereich sind Sache der Mitgliedsländer. In der Schweiz stehen die Diskussionen um Werbeverbote mit der

gen Monaten, einem Verkaufsverbot mit freiwilliger Zurückhaltung zuvorkommen (sog. OK-Kampagne).

## Schutz vor Passivrauchen

Für den Arbeitsplatz besteht seit 1993 eine Regelung durch eine Verordnung zum Arbeitsgesetz, die vom Arbeitgeber verlangt, im Rahmen seiner betrieblichen Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass Nichtraucher nicht durch das Rauchen belästigt werden. Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden werden jedoch nicht durch den Gesetzgeber bestimmt, sondern ausschliesslich durch die jeweiligen Betreiber (Post, Museen etc.). Für die Gaststätten schliesslich sind die Kantone zu-

---

## Der Bund gibt heute für die Tabakprävention viermal weniger Geld aus als für den Tabakanbau. Dieses Verhältnis gilt es in den nächsten Jahren umzukehren und dafür muss Verhältnisprävention betrieben werden.

---

ständig: Bisher haben nur sechs Kantone in ihren Gastwirtschaftsgesetzen bestimmt, dass gewisse rauchfreie Zonen (d.h. im Normalfall meist Tische) in Restaurants ausgeschieden werden müssen. Von der Situation wie in den USA, wo das öffentliche Rauchen die grosse Ausnahme ist, sind wir noch weit, sehr weit entfernt.

### Zigarettenpreis

Bei einem Vergleich in Bezug auf die Kaufkraft steht die Schweiz am Schluss der Rangliste: Zigaretten sind billig. Ausser in der Schweiz, wo nur 9 Minuten gearbeitet werden muss, um sich das Geld für ein Paket Zigaretten zu verdienen, braucht es nur in Spanien noch weniger: 5 Minuten. Dagegen arbeiten Deutsche dafür 13, Franzosen 15 und Portugiesen gar 33 Minuten. Bezogen auf die Kosten, die durch Rauchen entstehen (10 Milliarden, d.h. 2,75% des BIP), ist das Verhältnis ebensowenig schmeichelhaft für die Schweiz: Nur 0,05% dieser Kosten werden durch Investition in die Prävention aufgewogen (5 Mio. Fr.). Die naheliegende Lösung für diese doppelte Herausforderung ist die Erhöhung der Tabaksteuer und deren Verwendung für die Prävention:

- **Tabaksteuern:** Auf Zigaretten werden im Moment knapp 52% Tabaksteuer, ein halbes Prozent Tabakanbauabgabe und die Mehrwertsteuer erhoben, d.h. knapp 60% oder Fr. 2.80 von Fr. 4.70 eines Tabakpakets sind Steuern. Dies ist im Vergleich zum Ausland sehr wenig: die EU schlägt als Mindestabgabe für die Tabaksteuer 57% vor, d.h. der Preis in der Schweiz müsste für eine Angleichung um ca. 40 Rappen erhöht werden. Um einen Effekt zur Senkung des Tabakkonsums zu erreichen, muss die Tabaksteuer jedoch merklich stärker erhöht werden: So rechnen Ökonomen bei 10% Preisaufschlag mit 4% Konsumrückgang, bei Jugendlichen sogar mit 7 bis 8%. Gleichzeitig könnten den Sozialversicherungen geholfen werden: Der Ertrag der Tabaksteuer fliesst nämlich in die AHV/IV und betrug im Jahr 2000 knapp 1,7 Mia. Franken. Weitere 20 Millionen Franken fließen in die Taschen der 400 einheimischen Tabakbauern, dank der Abgabe von 2,6 Rappen pro Zigarettenpackung an den Tabakanbau. In der anstehenden Revision des Bundesgesetzes

über die Tabakbesteuerung soll, wenn es nach dem Bundesrat geht, die öffentliche Gesundheit weiterhin keine Rolle spielen. Die Präventionsorganisationen versuchen, zusammen mit Ärzten, Krankenkassen und Konsumentenschutz, hier noch korrigierend einzuwirken.

- **Präventionsgeld:** Für eine effiziente Tabakprävention in der Schweiz wird auf der Grundlage amerikanischer Richtlinien mit Kosten von 45 bis 144 Mio. Franken gerechnet. In der Schweiz ist aber lediglich eine Erhöhung von 5 auf 10 Mio. Franken vorgesehen, und dies erst für das Jahr 2005 und auch nur dann, wenn das Bundesbudget es erlaubt. Zahlen aus Kalifornien, wo die Raucherraten erfolgreich gesenkt wurden, belegen, dass über mehrere Jahre hinweg mindestens 5 Franken pro Einwohner zur Verfügung stehen müssen. Die Schweiz mit knapp 70 Rappen pro Jahr und Einwohner ist davon weit entfernt. Mit einer vierfachen Erhöhung wäre die Tabakprävention wenigstens auf dem Niveau der Unfallverhütung, der über das bfu Fr. 2.80 pro Jahr und Einwohner zur Verfügung stehen.

### Keine Begeisterung

Diese fünf Massnahmenpakete stehen heute im Vordergrund, wenn von Verhältnisprävention im Tabakbereich gesprochen wird. Begeisterung wird damit kaum ausgelöst, im Gegenteil. Wie bereits erwähnt, werden Rauchende zu ihrem gesundheitlichen Glück gezwungen: entsprechend gehört sehr viel Überzeugungsarbeit dazu, die Akzeptanz der Verhältnisprävention zu erhöhen, also die Verhältnisse zu ändern. Die Gegenseite, die Tabakindustrie und der Tabakhandel, unternimmt mit ihren enormen finanziellen Mitteln alles, um den für sie profitablen Status quo beizubehalten. Von diesem Profit lebt auch ein grosser Teil der Werbe- und Kommunikationsbranche, die pro Jahr allein 120 Millionen Franken aus der Tabakwerbung bezieht, und deshalb gerade nicht Überzeugungsarbeit für die Verhältnisprävention leisten wird!

Die Gefahr, vom einen zum andern Extrem zu gelangen, d.h. nur noch Verhältnisprävention zu betreiben, nachdem Verhaltensprävention nicht die erhofften Resultate gebracht hat, ist unter den ge-

schilderten Umständen also gering.

Umso mehr wäre eine kohärente Politik vonnöten. Der Bund gibt heute für die Tabakprävention viermal weniger Geld aus als für den Tabakanbau. Dieses Verhältnis gilt es in den nächsten Jahren umzukehren und dafür muss Verhältnisprävention betrieben werden. Denn der Nachholbedarf ist enorm: Eine nationale Tabakpolitik existiert noch immer nicht, sondern wird im Moment erst entwickelt. Gar für eine spätere Phase, ab 2006, ist die eigentliche Umsetzung derselben vorgesehen.

Die Devise im Präventionsbereich kann somit nur lauten: Das eine versuchen und das andere ja nicht lassen!

Unbestritten und im Ausland bewiesen ist, dass für die erfolgreiche Senkung des Tabakkonsums die Verhältnisse modifiziert werden müssen: Weil dies aber in der Schweiz nicht von heute auf morgen der Fall sein wird, bleibt Verhaltensprävention die Hauptaufgabe der Tabakpräventionsorganisationen. ■

Reto Wiesli, Historiker und Politologe, 35-jährig, wohnhaft in Fribourg, Vater von drei kleinen Kindern, seit Juli 2001 zu 80% auf der Fachstelle für Gesundheitspolitik angestellt.

## Was ist Verhaltens- und Verhältnisprävention?

Die **Verhaltensprävention** im Bereich Sucht befasst sich mit den Möglichkeiten, beim einzelnen Menschen über Information und Schulung Kompetenzen zu fördern, die gegen eine Sucht oder eine Suchtgefährdung wirken.

Die **Verhältnisprävention** beschreibt Möglichkeiten, in verschiedenen Lebensbereichen Umstände (= Verhältnisse) so zu gestalten, dass sie keine oder eine geringere Suchtgefährdung für das Individuum bedeuten. Im Idealfall fördert sie Umstände, die eine positive, aufbauende Wirkung auf das Individuum haben (= Gesundheitsförderung). Der Versuch, die Attraktivität und Erhältlichkeit von Suchtmitteln auf politischem Weg zu steuern, ist ein Beispiel der Verhältnisprävention.



## Fachstelle für Gesundheitspolitik

Sechs Organisationen haben diese gemeinsame Einrichtung ins Leben gerufen, um aufgrund der bedenklich angestiegenen Raucherquoten, insbesondere bei Jugendlichen, eine neue Initiative zu ergreifen. Aufgabe dieser Stelle ist, die Verhältnisse im Bereich Tabak so zu ändern, dass die Raucherquoten in der Schweiz langfristig gesenkt werden können. Dieses Ziel soll vor allem durch politische Lobbyarbeit bei Verwaltung, Bundesrat und Parlament erreicht werden.

**Adresse:** Fachstelle für Gesundheitspolitik, Effingerstrasse 40, Postfach 8172, 3001 Bern, Tel. 031/389 92 90, Fax 031/389 92 88, E-Mail: [Wiesli@sgpg.ch](mailto:Wiesli@sgpg.ch)

Trägerorganisationen der Fachstelle:

- Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention (AT) – [www.at-schweiz.ch](http://www.at-schweiz.ch)
- Lungenliga Schweiz – [www.lung.ch](http://www.lung.ch)
- Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) – [www.sfa-isp.ch](http://www.sfa-isp.ch)
- Schweizerische Krebsliga (SKL) – [www.swisscancer.ch](http://www.swisscancer.ch)
- Gesundheitsförderung Schweiz – [www.gesundheitsfoerderung.ch](http://www.gesundheitsfoerderung.ch)
- Schweizerische Gesellschaft für Prävention und Gesundheitswesen (SGPG) – [www.sgpg.ch](http://www.sgpg.ch)

## 5000 Franken für Rauchstopp

Der Tag des Nichtraucherens am 31. Mai 2002 ist eine gute Gelegenheit, eine Zeit lang oder gar für immer mit dem Rauchen aufzuhören. Ein doppelter Gewinn: für die Gesundheit und für die Finanzen. Kein Geldausgeben mehr für Zigaretten und vielleicht sogar ein Gewinn von 5000 Franken. Beim Rauchstopp-Wettbewerb werden einmal 5000 Franken und zehnmal 500 Franken als Trostpreis verlost. Bei der internationalen Zusatzverlosung gibt es noch 10 000 Dollar zu gewinnen.

**Bedingung:** Rauchstopp vom 31. Mai bis 28. Juni 2002

**Anmeldung:** [www.letitbe.ch](http://www.letitbe.ch). Informative Website mit individuellem Entwöhnungsprogramm «Ziel Nichtraucher»

**Information / Beratung:** beim Arzt oder in der Apotheke

**Organisation:** Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz (AT), im Kanton Zürich vertreten durch: **Züri Rauchfrei**, Zähringerstrasse 32, 8001 Zürich, Tel. 01/ 262 69 66, [www.zurismokefree.ch](http://www.zurismokefree.ch)

**Raucher-Telefon 0848 88 77 88:** für Ratgeber-Broschüren und Rauchstopp-Beratung und -Motivation

## Wichtige www-Seiten zur Tabakprävention

- [www.bag.admin.ch/sucht/politik/tabak/d/index.htm](http://www.bag.admin.ch/sucht/politik/tabak/d/index.htm)
- [www.ash.org.uk/](http://www.ash.org.uk/)
- [www.who.int/gb/fctc/inb3/inb3.html](http://www.who.int/gb/fctc/inb3/inb3.html)
- [www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/1999/12/jha.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/1999/12/jha.htm)
- [europa.eu.int/comm/health/ph/programmes/tobacco/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph/programmes/tobacco/index_en.htm)



### Stimmzettelkuvert

1. Die Stimmzettel sind in diesem Kuvert zu legen.
2. Auf diesem Kuvert dürfen keine Angaben gemacht werden.
3. Die Stimmzettel müssen so beschaffen sein, dass die Person, die sie abgibt, nicht identifiziert werden kann.



Kanton Zürich

Stimmzettel für die Volksabstimmung  
vom 22. Juni 2003

Finden Sie auch, dass Suchtprävention  
eigentlich so ziemlich nichts nützt?

Ja oder Nein

Nein

Bitte nicht abgeben

# Macht Politik Süchtige?

**Politisch gibt es einige Erfolge für die Suchtprävention, die Misserfolge überwiegen jedoch. Warum sich Politiker und Politikerinnen oft lieber für die liberalen Wirtschafts-ideen und gegen Prävention entscheiden, beantwortet Richard Müller von der SFA.**

**laut & leise:** Welches waren die wichtigsten Erfolge der Prävention mittels politischer Interventionen?

**Richard Müller:** Der wichtigste Erfolg war, dass die Alcopops der eidgenössischen Alkoholverwaltung unterstellt wurden. Das hatte zur Folge, dass die Preise erhöht wurden und Alcopops erst ab 18 Jahren abgegeben werden durften. Dadurch verschwanden sie innert Kürze vom Markt. Langsam sind sie jedoch wieder im Kommen.

**I & I:** Welches sind denn die grössten Misserfolge?

**Müller:** Der grösste Misserfolg waren natürlich die Zwillingsinitiativen, die ein Verbot der Werbung für Alkohol und Tabak bedeutet hätten. Ein weiterer Misserfolg war die Anpassung der Besteuerung von Schnäpsen und hochprozentigen Alkoholika an internationale Abkommen. Dies hatte zur Folge, dass importierte Schnäpse billiger wurden und dadurch der Konsum – statistisch sichtbar – zunahm, speziell bei Jugendlichen. Bei der Festsetzung der Schnapssteuern ist der Staat frei, aber die Schnapslobby kämpfte mit den längeren Spiessen, mit dem Erfolg, dass die Schnaps-Einheitssteuern tiefer angesetzt wurden. Ein absehbarer Misserfolg ist, dass die parlamentarische Initiative von Carlo Schmid offensichtlich angenommen wird. Dabei soll die Suchtmittelwerbung in elektronischen Medien zugelassen werden.

**I & I:** Warum müssen wir in der Prävention so viele Misserfolge hinnehmen?

**Müller:** Gesundheitspolitische Argumente stossen zunehmend auf Widerstand und haben es schwierig in Zeiten, wo uns der liberale Wind um die Nase weht. Die wirtschaftlichen Argumente sind einfach stärker. Zum Beispiel auf kantonaler Ebene: Mit Ausnahme eines Kantons wurde die sogenannte Bedürfnisklausel abgeschafft. Bedürfnisklausel heisst: Der Kanton kann angeben, dass es pro Anzahl Einwohner nur eine bestimmte Anzahl Beizen mit Alkoholbewilligung gibt. Also ein Kontingent. Ich wurde in unzählige Kommissionen eingeladen, man hat mich freundlich angehört, aber schlussendlich wurde im Sinne der Wirtschaft entschieden.

**I & I:** Was waren bei den Zwillingsinitiativen die Gründe für die politischen Misserfolge der Prävention?

**Müller:** Bei den Zwillingsinitiativen haben wir sicher taktisch vieles falsch gemacht. Wir vollzogen leider keine Trennung von Alkohol und Tabak. Zu Beginn zeigten die Bevölkerungsbefragungen eine Befürwortung der Initiative. Erst im Verlaufe der Kampagnen fand ein Meinungsumschwung statt,

politische Entscheide, die das Rauchen einschränken würden.

**Müller:** Mit dem Unterschied, dass die WHO von Tabaklobbyisten unterwandert wurde, in der Schweiz dies aber ein bewusster politischer Entscheid war.

**I & I:** Was machen Sie sonst so für Erfahrungen mit Politiker/innen?

**Müller:** Ich habe mich sehr angestrengt,

---

**Der wichtigste Erfolg war, dass die Alcopops der eidgenössischen Alkoholverwaltung unterstellt wurden. Das hatte zur Folge, dass die Preise erhöht wurden und Alcopops erst ab 18 Jahren abgegeben werden durften.**

---

weil die Medien auf die Seite der beiden grossen Lobbys kippten. Die Medien sind mit ihren Inserateinnahmen stark von diesen Industriezweigen abhängig.

**I & I:** Wie kommen solche Entscheide zustande? Welche Erfahrungen haben Sie im Kontakt mit Politikern gemacht?

**Müller:** Ich bin in der eidgenössischen Tabakkommission. Das ist ein vom Bundesrat eingesetztes, beratendes Gremium der eidgenössischen Räte. Dieses Gremium wurde auf Wunsch von Bundesrat Cotti auch mit Vertretern der Industrie bestückt. Ein Vertreter der Tabakindustrie war beispielsweise der jetzige Bundesrat Kaspar Villiger, der damals noch Ständerat und im Verwaltungsrat der gleichnamigen Stumpfenfabrik war. Die Idee, Vertreter der Tabakindustrie in die Kommission einzubeziehen, gründete auf der Hoffnung, Gentlemen's Agreements zu erzielen. Wenn aber in diesen Kommissionen keine Gentlemen sitzen, lassen sich keine solchen Abkommen treffen. Das hiess für diese Kommission, dass die Arbeit über Jahre blockiert war und das Thema nicht adäquat behandelt wurde. Am Anfang wurde sogar noch bestritten, dass rauchen schädlich sei.

**I & I:** Das heisst ähnliche Verhältnisse, wie der Skandal in der WHO? Tabaklobbyisten verhinderten dort lange Zeit gesundheits-

eine sozialkostendeckende Weinsteuereinzuführen mittels einer parlamentarischen Initiative. Warum eine Weinsteuere? In der Schweiz wird nur Schnaps besteuert, nicht aber der Wein. Die einheimischen Weine hätten von dieser Pauschalabgabe profitiert, da diese Steuer billigere ausländische Weine verhältnismässig stärker getroffen hätte. In der parlamentarischen Kommission sah es zuerst ganz günstig aus, dann sind viele umgekippt und die Initiative wurde abgelehnt. Vermutlich weil bestimmte Abgeordnete aus dem Waadtland das Gefühl hatten, wenn sie aus einem Weinkanton kommen, dürften sie so etwas nicht befürworten.

**I & I:** Was läuft in den Wandelhallen? Wie kommen solche Entscheide zustande?

**Müller:** Jeder Parlamentarier darf zwei Berater/innen akkreditieren lassen, die Zutritt zum Bundeshaus haben und dort Lobbying betreiben dürfen. Es sind natürlich keine Präventionsexperten darunter. Da wir nicht zu den Parlamentariern gehen können, müssen wir sie einladen. Wenn wir Parlamentarier/innen zu Informationsveranstaltungen einladen, können wir davon ausgehen, dass sie zwischen verschiedenen Terminen wählen müssen. Darum kommen meist ausschliesslich diese, die eine Minderheit vertreten und die tendenziell gleicher Meinung sind wie wir. Was entscheidender ist, sind die Interes-

---

## Gesundheitspolitische Argumente stossen zunehmend auf Widerstand und haben es schwierig in Zeiten, wo uns der liberale Wind um die Nase weht. Die wirtschaftlichen Argumente sind einfach stärker.

---

senverflechtungen der Parlamentarier/innen selber. Da müssen sich die Lobbyisten nicht mal bei den Parlamentarier/innen Gehör verschaffen. Wenn es darum geht abzuwägen zwischen allgemeinen Gesundheitsinteressen und Partialinteressen – zum Beispiel durch Verwaltungsratsmandate – werden die Partialinteressen meist stärker bewertet.

**I & I:** Wir haben jetzt von der Vergangenheit geredet. Was sind denn die wichtigsten Entscheidungen, die auf uns zukommen werden?

**Müller:** Das Wichtigste, was jetzt ins Parlament geht, ist die Revision des Betäubungsmittelgesetzes. Die Revision bildet die Grundlage für die Heroinverschreibung, die Legalisierung von Cannabis und den Jugendschutz, dem Verbot Suchtmittel an Jugendliche unterhalb einer gewissen Altersgrenze abzugeben. Es ist eine komplexe Materie. Ich persönlich vertrete die Lösung, wie sie der Bund vorschlägt, befürchte jedoch, dass das Referendum ergriffen wird.

**I & I:** Wie sind die Auswirkungen der Betäubungsmittelgesetzesrevision auf die Prävention und den Cannabiskonsum?

**Müller:** Der Konsum wird stabil bleiben. Wie wir bereits jetzt feststellen können, hatte Strafandrohung keine abschreckende Wirkung. Andererseits wird es für uns Präventionsleute leichter, denn wir werden glaubwürdiger, wenn wir unterschiedlich schlimme Drogen nicht in den gleichen Topf werfen müssen. Der Jugendschutz, wie er jetzt vorgesehen ist, gestattet eine strengere Handhabung. Nach den Vorstellungen der Kommission darf Cannabis unter 18 Jahren nicht abgegeben werden. In Zukunft wird eine Umkehr der Beweislast stattfinden. Nicht mehr die Justiz wird dem Händler ein Vergehen nachweisen müssen, sondern die Händler werden nachweisen müssen, dass Cannabis nicht an Minderjährige verkauft wird oder ins Ausland gelangt. Dadurch wird man strenger kontrollieren können.

**I & I:** Welches sind die wichtigsten Gegner der Prävention?

**Müller:** Zunächst muss man sagen: Alle sind für Prävention. Von der äussersten Linken bis zur äussersten Rechten. Oft

sind das natürlich Lippenbekenntnisse. Ich denke, es wird dann immer politisch schwierig, wenn es darum geht, aufzuzeigen, dass Prävention nicht nur Verhaltens-, sondern auch Verhältnisprävention ist.

**I & I:** Wie sind die Strategien der Gegner?

**Müller:** Interessensvertreter der Industrie haben in der Regel besseren Zugang zu Parlamentariern als wir. Ein Beispiel aus der Zeit der Zwillingeninitiativen: Bundesrat Cotti hatte immer Ohr und Tür offen für Herrn Oehler, damals Nationalrat und Vertreter der Zigarettenindustrie. – Wir haben ihn ein einziges Mal gesehen.

Ein weiteres Beispiel ist die Herabsetzung der Promillegrenze von 0,8 auf 0,5. Der Bundesrat war für eine Herabsetzung, jedoch wurde ihm die Entscheidungskompetenz entzogen und zur Parlamentskompetenz gemacht. Gastrosuisse intervenierte sehr effizient bei allen Parlamentariern und argumentierte, die Herabsetzung der Promillegrenze sei eine politische Frage und keine der Wissenschaft.

**I & I:** Wie steht es mit der Glaubwürdigkeit der Politiker?

**Müller:** Zwischen Reden und Handeln besteht eine gewaltige Kluft. In Sachen Prävention sind Parlamentarier/innen oft unglaublich – sobald es um ihre eigenen Interessen und um das Verändern von Verhältnissen geht. Einzig bei populären, präventiven Massnahmen bei Jugendlichen kann man auch mal was verbieten.

**I & I:** Gibt es für Präventions-Fachleute Möglichkeiten, diese Widersprüche besser aufzuzeigen, damit Politik etwas kohärenter wird?

**Müller:** Wir müssten Politiker mehr auf ihre Glaubwürdigkeit behaften! Mir ist es ein grosses Anliegen, die ganze Lobbyarbeit in die Kantone zu tragen. Ich wünsche mir, dass die kantonalen Präventionsstellen ihre Parlamentarier informieren. Jetzt aktuell ist die Aufhebung des Werbeverbots für Alkohol im Fernsehen. Wir haben allen Organisationen in der Schweiz geschrieben und ein Argumentarium beigelegt, damit diese selbst die Parlamentarier ihrer Kantone versuchen zu beeinflussen. Es ist wichtig, die Lobbyarbeit auf viel mehr Schultern zu verteilen. Viele Entscheidungskompetenzen liegen

gar nicht beim Bund, sondern in den Gemeinden und Kantonen: Deshalb ist politisches Handeln in den Regionen effizienter.

**I & I:** Welche Möglichkeiten haben denn Gemeindepolitiker/innen, um in ihrer Gemeinde konkret Suchtprävention zu betreiben?

**Müller:** Leider unterschätzen die Gemeinden ihre Einflussmöglichkeiten in Sachen Prävention. Wir wissen beispielsweise, dass die präventiven Ansätze, die versuchen, die verschiedenen Sektoren miteinander zu verknüpfen, die erfolgreichsten sind. Es gibt ein Programm – es heisst «Die Gemeinden handeln!». Dabei wird auf Gemeindeebene überlegt, wie konkret bestimmte Probleme gelöst werden können, und zwar intersektoriell in der Schule, der Wirtschaft, in der Kirche, mit der Polizei.

**I & I:** Könnte man für Gemeindeverwaltungen Pflichtenhefte schaffen, um Gesundheitsförderung und Prävention zu verankern?

**Müller:** Ich denke nicht. Prävention lässt sich nicht verordnen, Enthusiasmus schon gar nicht. Was es braucht sind Katalysatoren, Persönlichkeiten, welche Ideen und Initiativen aus der Bevölkerung aufgreifen und unterstützen. Der Gemeinderat kann seinen Wunsch nach Gesundheitsförderung äussern, selber aktiv werden und selber nach Schlüsselpersonen suchen.

**I & I:** Was sind Ihre Wünsche an die Politiker? Welche politischen Veränderungen hätten aus wissenschaftlicher Sicht den grössten präventiven Nutzen?

**Müller:** Meine Wünsche sind ein Stück weit Ehrlichkeit, ein Stück weit Kohärenz und ein Stück weit Konsequenz. Kohärenz im Sinne, das zu tun und so zu stimmen, was sie versprechen. Mindestens 50 Prozent aller Parlamentarier sollten Frauen sein, denn Frauen haben im Allgemeinen ein offeneres Ohr und handeln meistens konsequenter.

**I & I:** Welche Politiker haben sich speziell für gesundheitsförderliche und präventive Anliegen eingesetzt, welche gerade nicht?

**Müller:** Da bin ich vorsichtig. Ich würde nicht wagen, Namen zu nennen. Aber es

---

**Zwischen Reden und Handeln besteht eine gewaltige Kluft. In Sachen Prävention sind Parlamentarier/innen oft unglaublich – sobald es um ihre eigenen Interessen und um das Verändern von Verhältnissen geht.**

---

ist schon klar, es gibt eine Anzahl von Parlamentariern, die sind ganz deutlich an irgendwelche Interessen gebunden. Schauen Sie beispielsweise unseren letztjährigen Parlamentspräsidenten an, der gleichzeitig im Verwaltungsrat einer grossen Tabakfirma sass.

**I & I:** Jüngste politische Entscheide schaffen oft Verhältnisse, die nicht präventiv sind, und wir Präventionsfachleute bemühen uns Verhältnisse zu schaffen, in denen präventives Handeln einfacher möglich ist. Ist das nicht eine Alibiübung?

**Müller:** Tabakkonsum und Rauschtrinken nehmen immer mehr zu. Da stellt sich

schon die Frage, machen wir etwas falsch in der Prävention. Meiner Meinung nach ist die Präventionslandschaft zu bunt und zu stark verzettelt. Was mir fehlt, ist Kontinuität und Beharrlichkeit.

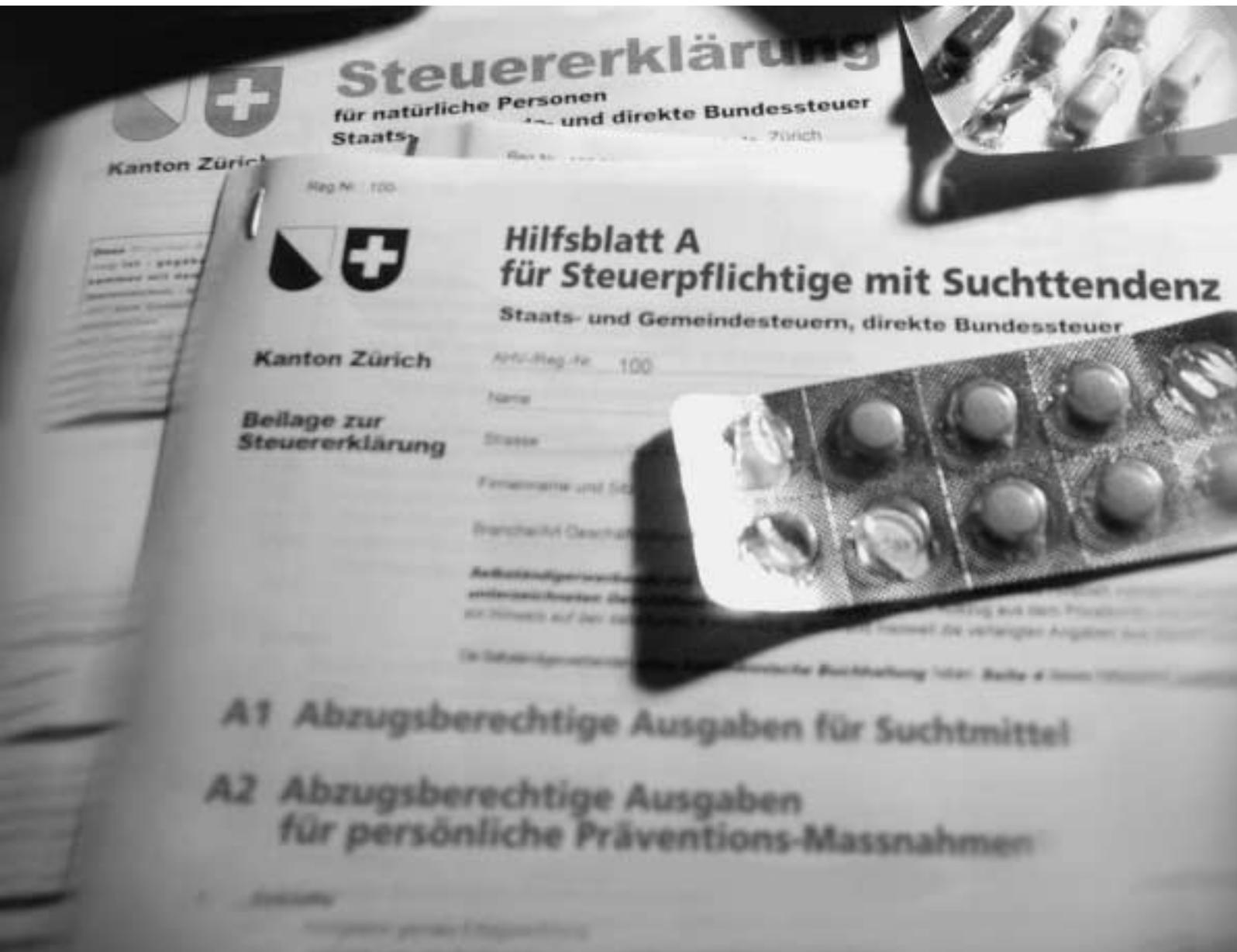
**I & I:** Wie gehen Sie persönlich damit um, dass Prävention gesundheitsfördernde Verhältnisse schaffen will, aber die Politik sich eher in die andere Richtung bewegt?

**Müller:** In der Prävention bläst einem der Wind ins Gesicht. Das hängt zusammen mit der Revitalisierung erzliberaler Ideologien. Wenn ich resigniert wäre, hätte ich mich schon lange zurückgezogen. Die lange Zeit hat mich vielleicht nur eines ge-

lehrt: Nicht Illusionen nachzuhängen, sondern Realitäten zu sehen. Die wenigen Erfolge, die ich in diesem Bereich hatte, müssen für lange Zeit reichen. ■

Richard Müller, Soziologe, ist seit 14 Jahren Leiter der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA), davor Forschungsleiter der SFA. Er ist Mitglied der Eidg. Kommission für Alkoholfragen sowie der Eidg. Kommission für Tabakprävention und Sekretär der Parlamentarischen Arbeitsgruppe für Alkohol-, Tabak- und Drogenfragen.

Die Fragen stellte Christoph Meyer von der Suchtpräventionsstelle der Bezirke Affoltern und Dietikon.



# Lebensqualität: ein Standort-Vorteil

Zwei neue Radix-Projekte befassen sich mit der Suchtprävention und Gesundheitsförderung in der Gemeinde. Mit «Die Gemeinden handeln!» sammeln 20 Pilotgemeinden Erfahrungen mit einer gezielten Alkoholpolitik. Durch das Instrument «Faktor Gesundheit» erhalten Gemeinden Ergebnisse betreffend ihrer Lebensqualität.

Die Lebensqualität an einem Wirtschaftsstandort hat für Grossfirmen absolute Priorität», sagt Stephan Kux, Wirtschaftsförderer des Kantons Zürich. Gemäss einer Umfrage der Zürcher Beratungsfirma Infrac aus dem Jahr 2000 bei 225 Unternehmen standen zuoberst auf der Wunschliste als wichtigste Standortfaktoren: Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit guter Ausbildung, ein hervorragendes Telecom-Angebot und eine gute Lebensqualität. Die Wichtigkeit der Lebensqualität wird von den Unternehmen sogar vor dem Standortfaktor «tiefe Steuern» genannt.

## Weiche Standortfaktoren

Dieses Ergebnis ist erstaunlich, werden doch den «harten» Standortfaktoren wie Verkehrserschliessung, Bauland, Steuerabkommen bereits seit längerem Beachtung geschenkt. Immer wichtiger werden jedoch die so genannten «weichen» Standortfaktoren, damit Menschen an einem Ort gerne wohnen, sich in ihrer Gemeinde engagieren und sich deshalb zu ihrer Wohngemeinde zugehörig fühlen.

Radix Gesundheitsförderung (siehe Kasten) lanciert die Diskussion, wie Gemeinden durch Prävention und Gesundheitsförderung – was oft zum aktiven Angehen von Fragen der Lebensqualität führt – Vorteile erreichen können, die sich schlussendlich für die Gemeinde auszahlen. Bürgerinnen und Bürger, Familien und Unternehmen werden es zu schätzen wissen, wenn die Lebensqualität im alltäglichen Umfeld und in ihrer Umwelt stimmt, wenn das soziale Netz untereinander und spürbar in der ganzen Gemeinde funktioniert und die wirtschaftliche Sicherheit gewährleistet ist. Sind diese «Gesundheitsfaktoren» Umwelt, Mitwelt und Gemeinschaft sowie wirtschaftliche Verhältnisse in einem guten Gleichgewicht, dann wird das Verhalten des Einzelnen positiv beeinflusst. In einer «gesunden Gemeinde» werden die Mitbewohner/innen politisch und kulturell aktiv, sie sorgen sich vermehrt um sich und ihre Mitmenschen und um die Zukunftsgestaltung des Ortes. Zwei Radix-Projekte, «Die Gemeinden handeln!» und «Faktor

Gesundheit», widmen sich dem Standortfaktor Lebensqualität.

## «Alles im Griff?»

«Die Gemeinden handeln!» ist ein Teilprojekt des nationalen Alkoholprogrammes «Alles im Griff?». Das Projekt startete Anfang Dezember 2000. In vorerst 20 Gemeinden werden Modelle einer lokalen Alkoholpolitik entwickelt und evaluiert. Der politische Wille und somit die Handlungsbereitschaft auf lokaler Ebene wird gefördert, um risikoreichen Alkoholkonsum zu vermindern und geeignete Strukturen zu schaffen. Dabei steht das situative Trinken im Mittelpunkt an beispielsweise Grossanlässen, Sportveranstaltungen, Feiertagen. Die damit verbundenen Alkohol-Risiken werden besonders bei einem Verkehrsunfall sichtbar, betreffen jedoch auch Risiken am Arbeitsplatz, bei Schwangerschaft oder bei Kindern und Jugendlichen. Das Projekt richtet sich an Gemeinden aller Sprachregionen mit 5000 bis 50 000 Einwohner/innen. Die Gemeinden werden zu einer innovativen Alkoholpolitik angeregt und die Partnerorganisationen (Suchtpräventions- und Suchtberatungsstellen) erhalten Unterstützung für lokale Präventions-Initiativen. Das aus den ersten 20 Gemeinden gewonnene Wissen wird für die Fortführung des Projektes ab dem Jahr 2003 in weiteren Gemeinden der Schweiz genutzt und soll landesweit Impulse für die lokale Alkoholpolitik schaffen.

## Unterschiedliche Alkohol-Probleme

Jede der 20 Pilotgemeinden erarbeitet sich einen oder zwei Schwerpunkte je nach Alkohol-Problematik in ihrer Gemeinde. Dabei wurde im letzten Jahr zuerst die Problematik des risikoreichen Alkoholkonsums bewusst gemacht und die möglichen Massnahmen diskutiert mit den verschiedenen Koalitionspartnern wie Sozialvorsteher/innen, Vertreter/innen von Jugendverbänden, der Polizei, den Schulbehörden sowie dem Gastgewerbe, dem Getränkeverkauf und den Veranstaltern von Grossanlässen. Die Botschaft lautet: Wer den risikoreichen Alkoholkonsum

und seine Folgen reduziert, leistet einen wichtigen Beitrag an die Lebensqualität in der Gemeinde. In diesem Jahr erfolgt nun die Umsetzung und Dokumentation der Aktionen. Dabei steht schon heute fest, dass die Effizienz der Projekte von der Zusammenarbeit sämtlicher Akteure abhängt und davon, wie sie entsprechend handeln werden. Einige Beispiele:

- **Adliswil:** Durch einen Vorstoss im Gemeindeparlament wurde der Stadtrat beauftragt, eine Antwort auf den erhöhten Alkoholkonsum der Jugendlichen in der Gemeinde zu formulieren. Dieser Vorstoss war der Grund, warum sich Adliswil am Pilotprojekt «Die Gemeinden handeln!» beteiligt. Die lokale Arbeitsgruppe wird von der regionalen Suchtpräventionsstelle für den Bezirk Horgen, Samowar Thalwil, unterstützt. Der Schwerpunkt wurde wie folgt formuliert: Freizeit von Jugendlichen und Risikokonsum, Aufgabenbereich: Gastro und Sportvereine.
- **Engelberg:** Diese Gemeinde hat für ihre Bevölkerung, vor allem in der Jugendarbeit, vorbildliche Präventionsarbeit geleistet. Jedoch ein Tabu: der Alkoholkonsum der Gäste. Engelberg lebt hauptsächlich vom Tourismus, es kommen viele Gruppen zum Sport machen und Engelberg promoviert ausdrücklich die Fun- und Risikoaspekte des Wintersportes. Das Problem der alkoholisierten Gäste und eben auch dieser Art des Risikoverhaltens ist unterdessen so massiv störend und gefährdend, dass im Rahmen des Projektes Massnahmen erarbeitet und konkret umgesetzt werden.

• **Sion:** Die Wegleitung «Wie organisiere ich ein Fest?» wird an alle Veranstalter abgegeben. Diese Anleitung strebt einen verbesserten Umgang beim Ausschank von Alkohol an: Jugendschutz, alkoholfreie Getränke, Fahrdienst.

• **Weitere Informationen:** [www.alles-im-griff.ch](http://www.alles-im-griff.ch)

## Ein Stärke- und Schwächeprofil

Für die Erstellung eines Stärke-/Schwächeprofils entwickelte Radix für die Gemeinden ein zweites Instrument betreffend Prävention und gesundheitsrelevante Lebensbedingungen. Schlüsselpersonen der Ge-



meinde beantworten eine Serie von 96 Fragen zu Stärken und Schwächen des Lebens in ihrer Gemeinde. Die Fragen sind gruppiert nach 16 Indikatoren, die auf die vier Bereiche Verhalten, Umwelt, Mitwelt und wirtschaftliche Verhältnisse verweisen. Das Instrument erhebt keine Ansprüche, theoretisch-wissenschaftlich repräsentative Resultate zu generieren. Dazu besitzen wir in der Schweiz die nötigen statistischen Angaben auf lokaler Ebene leider nicht.

Doch «Faktor Gesundheit» bietet eine auf die Zukunft ausgerichtete Sichtweise mit dem Ziel einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde. Radix unterstützt die Gemeinden in der Analyse, in der Festlegung der nächsten Schritte sowie bei der Suche nach weiteren Dienstleistungen und Partnern für Projekte. Auch dieses Instrument wird in Zusammenarbeit mit den regionalen Präventionsstellen oder direkt durch diese eingesetzt. Mit dem Instrument «Faktor Gesundheit» erhalten die lokalen (Gesundheits-)Behörden eine objektive Grundlage für ihr Schaffen und die Resultate sollten zur weiteren Beschlussfassung dienen.

Beide Projekte setzen eindeutig den Schwerpunkt beim Politischen und möchten bei den Gemeindestrukturen präventive und gesundheitsfördernde Massnahmen durchsetzen.

### Eine aktive Alkoholpolitik

Gemeinden, welche die Folgen übermässigen Alkoholkonsums erkannt haben, können folgende Punkte aktiv umsetzen:

- Die Gemeinde besitzt ein Reglement «Alles im Griff?» zum risikoarmen Alkoholausschank.
- Beim Verkauf von Alkohol wird der Sinn der Verkaufsbeschränkungen wie Alterskontrolle und der mutige Umgang mit problematischen Situationen vom Personal verstanden und durchgesetzt. Das gute Image zählt langfristig.
- Veranstalter von Festivitäten verkaufen vermehrt alkoholfreie oder leicht alkoholhaltige Getränke und sind sich der Problematik des exzessiven Trinkens bewusst. «Saufgelage» sind unerwünscht.
- Der Jugendschutz wird eingehalten und mit Testkäufen überprüft.

#### Fachstellen im Kanton Zürich

- ZüFAM, Zürcher Fachstelle zur Prävention des Alkohol- und Medikamenten-Missbrauchs: Koordinatorin auf kantonaler Ebene der zwei vorgestellten Radix-Projekte.

- «Alkohol – am Steuer nie!» zuständig für spezifische Projekte im Bereich Verkehr und Alkohol.
- Adressen siehe Seite 15.

Stefan Spring, Geschäftsführer von Radix, und Brigitte Müller, Texterin und Redaktionsleitung «laut & leise».

### Radix Gesundheitsförderung

Radix unterstützt Gemeinden in der ganzen Schweiz in ihren Suchtpräventionsbemühungen und speziell im Aufbau eigener Präventionsprogramme. Radix hat zudem das Schweizerische Netzwerk «Gesundheitsfördernder Schulen» aufgebaut und beteiligt sich an der Entwicklung von Weiterbildungs-Lehrgängen. Weniger bekannt ist, dass Radix für die Neugestaltung der Vita Parcours in 520 Gemeinden der Schweiz verantwortlich ist, im Kanton Zürich für 52 Parcours.

**Informationen:** Radix, Stampfenbachstr. 161, 8006 Zürich, Tel. 01/360 41 00, Fax 01/360 41 14, E-Mail: info-zh@radix.ch

**Internet:** www.radix.ch

### 13. Zürcher Präventionstag

Am 15. März 2002 findet der Zürcher Präventionstag 2002 statt. Thema: «Die Rolle der Gemeinden in der Gesundheitsförderung».

**Tagungsausschreibung:** Institut für Sozial- und Präventivmedizin ISPM, Frau S. García, Sumatrastr. 30, 8006 Zürich, Tel. 01/634 46 29, E-Mail: praev.gf@ifspm.unizh.ch

## Politische Fachliteratur

### Tatwaffe Alkohol

Bei jedem dritten Unfall auf Schweizer Strassen ist Alkohol im Spiel. Das neue Strassenverkehrsgesetz sieht eine Senkung des Blutalkoholgehaltes von heute 0,8 auf 0,5 Promille vor. SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner sagt, dass dies eine weitere Kriminalisierung der Autofahrer bedeuten würde. In der Dokumentar-sendung von Peter Jaeggi kommen Opfer zu Wort, Rechtsmediziner, ein Jurist, ein Neuro- und Verkehrspsychologe.

**CD-Tipp:** Radiosendung: «Tatwaffe Alkohol», DRS 1 vom 6. Mai 2001 von Peter Jaeggi

### Schweizer Alkoholpolitik

Gesundheitswesen und wirtschaftliches Denken – zwei ungleiche Gegner. Im Newsletter der «Schweizerischen Gesellschaft für Alkoholologie» wird eine Bestandesaufnahme der Alkoholpolitik und aktueller Themen im Bereich der Prävention gemacht.

**Newsletter:** Alkoholpolitik in der Schweiz, Ausgabe Nr. 2/2000

### Rauchen und die Freiheit

Rauchen ist gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Deshalb werden die Risiken des Rauchens geringer eingeschätzt als

sie in Wahrheit sind. Betreffend Tabakpolitik wären viele Massnahmen möglich, um den Konsum einzuschränken. Aber dann werden ebenfalls die bürgerlichen Freiheitsrechte eingeschränkt.

**Fachartikel:** «Rauchen und die bürgerlichen Freiheitsrechte» von Jürgen Hasler, Zeitschrift Partner, Nr. 6/2000, Seite 20.

### Strukturen und Strategien

Bei der Studie über «Strukturen und Strategien der Kantone in der Alkoholpräventionspolitik» steht die Frage nach den Entscheidungsprozessen im Mittelpunkt.

**Studie** zuhanden der Schweizerischen Stiftung für Alkoholforschung, Bearbeitung: Fritz Sager, Leitung: Adrian Vatter, Bern, April 2000.

### Drogenpolitik

Der Fachartikel «Prestige, Profit, Probleme» zeigt mit Blick auf die letzten 120 Jahre die gegensätzlichen Standpunkte von Wandel und Bewahren in der Auseinandersetzung mit Jugend, Drogen und Drogenpolitik. Dabei sind Prestige, Profit und Probleme eng ineinander verzahnt und führen immer wieder von neuem zu Provokation und Protest.

**Fachartikel:** «Prestige, Profit, Probleme» von Reto Stadler, SuchtMagazin Nr. 4/2000.

*Sämtliche aufgeführten Bücher – eine kleine Auswahl! – können Sie ausleihen bei Radix, InfoDoc-Stelle, Stampfenbachstrasse 161, 8006 Zürich. Tel. 01/360 41 00, Fax 01/360 41 14, E-Mail: infodoc@radix.ch. Im Internet: www.radix.ch*

## TAGUNG LINDENHOF 2002

### Der beschleunigte Mensch – Wege in eine neue Zeitkultur

Der Mensch lebt länger und hat doch weniger Zeit – obwohl oder gerade weil die Welt immer schneller wird. Wer die Macht über seine Zeit nicht mehr besitzt, wird von ihr beherrscht, was zu Stress und Fremdbestimmung führt. Um diesem Zwang standzuhalten, führt der Weg nicht selten in eine Sucht. So helfen Heroin und Alkohol den Stress zu vergessen, Amphetamine halten uns wach und leistungsfähig, Hormone versprechen uns ewige Jugend, sexuelle Potenz und Macht über das Alter. Zur Kultur- und Fachtagung auf den Lindenhof sind ReferentInnen einge-

laden, die diesen und weiteren Zeit-Themen nachgehen. Ein Musiker wird uns durch die Welt von Tempi und Rhythmen führen und unser Zeitgefühl auf den Kopf stellen. Ausserdem ist genügend Zeit für Reflexionen und Diskussionen eingeplant.

**Datum:** 28. Juni 2002

**Informationen und Tagungsprospekt:** Suchtpräventionsstelle der Stadt Zürich, Tel. 01/444 50 44, E-Mail: welcome@sup.stzh.ch

**Im Internet:** www.suchtpraeventionsstelle.ch

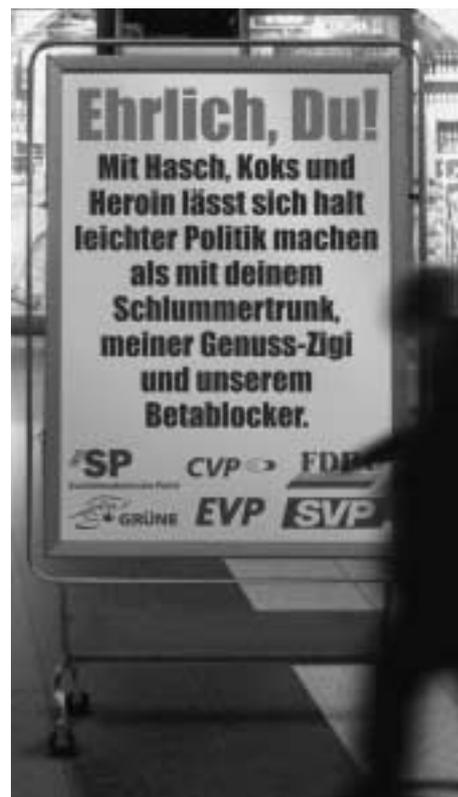
## MEDIENKAMPAGNE

### Graz, Olten und Basel übernehmen Zürcher Kampagne

Im Verlauf des letzten Jahres haben drei Städte aus dem In- und Ausland die erfolgreiche Zürcher Kampagne «Sucht beginnt im Alltag. Prävention auch.» übernommen und auf ihre Stadt abgestimmt. In Graz (A), Olten und Basel sind die Sujets zu Alkohol, Cannabis, Tabak, Medikamente und Spielsucht als Strassen- und Tramplakate sowie Postkarten anzutreffen. Die Fachleute aus den drei Städten waren nicht zuletzt über «laut & leise» auf die Kampagne aufmerksam geworden. Die Übernahme geschah unter Kostenbeteiligung der drei Städte und bedeutet eine Anerkennung der Zürcher Anstrengungen, welche die Bevölkerung kontinuierlich für das Thema Sucht sensibilisieren wollen. Die Fortsetzung der Kampagne der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich wird diesen Sommer/Herbst dem Thema Jugendschutz gewidmet sein. «laut & leise» wird darüber berichten.

**Weitere Informationen:** «Sucht beginnt im Alltag», Postfach 7320, 8023 Zürich, Frau Inga Struve (ISPM), Tel. 01/634 46 39, Fax 01/634 49 77, E-Mail: inga.struve@ifspm.unizh.ch

**Im Internet:** www.suchtpraevention-zh.ch



# Die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich

## Regionale Suchtpräventionsstellen

Die acht regionalen Suchtpräventionsstellen (RSPS) sind zuständig für die präventive Grundversorgung in ihrer klar abgegrenzten Region. Sie initiieren die Basisarbeit und unterstützen und koordinieren bestehende Bestrebungen und Aktivitäten im Bereich Suchtprävention. Dabei orientieren sich die Stellen an den jeweiligen lokalen und regionalen Bedürfnissen. Die Arbeit der RSPS zielt sowohl auf Individuen (persönliches Verhalten) wie auch auf die Beeinflussung von Strukturen und Lebensbereichen (gesellschaftliche Verhältnisse). Die Angebote der Stellen, welche geschlechts- und kulturspezifische Aspekte berücksichtigen, umfassen: Bildung, Information und Beratung von Einzelnen, Gruppen, Gemeinden usw., Öffentlichkeitsarbeit und strukturelle Arbeit in Gemeinden, Stadtteilen, Quartieren und Firmen. Die regionalen Suchtpräventionsstellen sind generalistisch tätig und werden von den acht spezialisierten, kantonsweit tätigen Fachstellen unterstützt. Die RSPS werden hauptsächlich

von den Gemeinden finanziert, der Kanton leistet eine finanzielle Unterstützung (in der Regel 30%).

### Suchtpräventionsstelle der Bezirke Affoltern und Dietikon

Grabenstr. 9, 8952 Schlieren  
Tel. 01/731 13 21  
Fax 01/731 13 22  
E-Mail: supad@bluewin.ch  
Stellenleitung: Cathy Caviezel, Christoph Meyer, Simone Wagner

### Suchtpräventionsstelle des Bezirks Andelfingen

Haus Breitenstein, 8450 Andelfingen  
Tel. 052/304 26 13  
Fax 052/304 26 00  
E-Mail: matthias.huber@bid.zh.ch  
Leitung: Rahel Finger, Matthias Huber

### Suchtpräventionsstelle für den Bezirk Horgen

Samowar, Bahnhofstr. 24, 8800 Thalwil  
Tel. 01/723 18 17  
Fax 01/723 18 19  
E-Mail: info@samowar.ch  
Internet: www.samowar.ch  
Stellenleiterin: Regula Keller

### Suchtpräventionsstelle des Bezirks Meilen

Samowar, Bergstr. 3, 8706 Meilen  
Tel. 01/923 10 66  
Fax 01/923 60 17  
E-Mail: meilen@samowar.ch  
Internet: www.samowar.ch  
Stellenleitung: Sibylle Brunner, Sophie Scheurer, Enrico Zoppelli

### Suchtpräventionsstelle Winterthur

Tösstalstr. 16, 8400 Winterthur  
Tel. 052/267 63 80  
Fax 052/267 63 84  
E-Mail: suchtpraevention@win.ch  
Stellenleiter: Georges Peterelli

### Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland

Gerichtsstr. 4, Postfach, 8610 Uster  
Tel. 043/399 10 80, Fax 043/399 10 81  
E-Mail: info@suchtpraevention.ch  
Internet: www.suchtpraevention.ch  
Stellenleiter: Peter Trauffer (Bezirke Hinwil, Pfäffikon und Uster)

### Suchtpräventionsstelle Zürcher Unterland

Erachfeldstr. 4, 8180 Bülach  
Tel. 01/872 77 33, Fax 01/872 77 37  
E-Mail: rmps@praevention-zu.ch  
Stellenleiter: Peter Signer (Bezirke Bülach und Dielsdorf)

### Suchtpräventionsstelle der Stadt Zürich

Röntgenstr. 44, 8005 Zürich  
Tel. 01/444 50 44, Fax 01/444 50 33  
E-Mail: welcome@sup.stzh.ch  
www.suchtpraeventionsstelle.ch  
Stellenleiterin: Eveline Winnewisser

## Kantonsweit tätige, spezialisierte Fachstellen für Suchtprävention

Die acht kantonsweit tätigen Fachstellen für Suchtprävention (KFSP) sind spezialisiert auf eine Zielgruppe, auf ein Suchtmittel, oder sie nehmen übergreifende Aufgaben wahr. Sie arbeiten mit den regionalen Suchtpräventionsstellen zusammen.

### Fachstelle

#### «Alkohol – am Steuer nie!»

Ottikerstr. 10, 8006 Zürich  
Tel. 01/360 26 00  
Fax 01/360 26 05  
E-Mail: asn@infoset.ch  
Internet: www.fachstelle-asn.ch  
Stellenleiter: Paul Gisin

Spezialisierte Fachstelle für Alkohol-, Drogen-, und Medikamentenkonsum im Zusammenhang mit Strassenverkehr. Führt verschiedene Animationsinstrumente (z.B. Funky-Bar und Fahrsimulator).

### Fachstelle Suchtprävention Berufsbildung

Ausstellungsstr. 80, 8090 Zürich  
Tel. 01/447 27 86  
Fax 01/447 27 57, E-Mail: infosuchtpraevention@schulnetz.ch  
Internet: www.bildungsentwicklung.ch/suchtpraevention  
Leitung: Ute Herrmann und Vigeli Venzin

Suchtprävention an Berufs- sowie Mittelschulen: Koordination und Vernetzung, einschliesslich Arbeit mit Behörden, Lehrmeistern und Eltern. Betreibt Lehrer/innenbildung in Suchtprävention, führt Mediothek und Dokumentationsstelle. Schafft Lehrmittel zur Suchtprävention in der Sekundarstufe II. Hat ein Netz von Kontaktlehrpersonen in den Schulen.

### Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, Abteilung Prävention und Gesundheitsförderung

Sumatrastr. 30  
8006 Zürich  
Tel. 01/634 46 29  
Fax 01/634 49 77  
E-Mail: praev.gf@ifspm.unizh.ch  
Abteilungsleiter: Roland Stähli

Das Institut koordiniert und fördert im Auftrag der Gesundheitsdirektion die Aktivitäten der privaten sowie staatlichen Stellen und Akteure im Bereich der Suchtprävention. Es leistet Beiträge an die Entwicklung der Suchtprävention, ist Ansprechstelle für die Öffentlichkeit und ist antragstellender Träger der gemeinsam mit allen Stellen realisierten Medienkampagne für Suchtprävention.

### Pestalozzianum

Fachbereich für Gesundheitsförderung und Suchtprävention  
Stampfenbachstr. 115, 8035 Zürich  
Tel. 01/360 47 74, Fax 01/360 47 95  
E-Mail: walter.kern@pestalozzianum.ch  
Internet: www.pestalozzianum.ch  
Stellenleiter: Walter Kern

Suchtprävention im Bereich der Volksschule. Dies schliesst die Arbeit mit Behörden und Eltern mit ein. Verantwortlich für die Lehrer/innenbildung im Bereich der Suchtprävention. Führt eine Mediothek und Dokumentationsstelle. Ausarbeitung von Unterrichtshilfen und anderen Projekten für schulische Suchtprävention.

### Radix

InfoDoc  
Stampfenbachstr. 161, 8006 Zürich  
Tel. 01/360 41 00, Fax 01/360 41 14  
E-Mail: infodoc@radix.ch  
Internet: www.radix.ch  
Stellenleiter: Stefan Spring

Öffentliche Dokumentationsstelle für alle Belange der Suchtprävention. Promotion der Suchtprävention mittels finanzieller Unterstützung im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit; Dienstleistungsangebot für Ausleihe und Lagerung von Ausstellungsmaterialien für Suchtprävention.

### FISP, Fachstelle für interkulturelle Suchtprävention und Gesundheitsförderung

Kehlhofstr. 12, 8003 Zürich  
Tel. 043/960 01 60, Fax 01/273 30 28  
E-Mail: fisp@bluewin.ch  
Stellenleiterin: Edith Pausewang

Spezialisierte Fachstelle, welche Suchtprävention für die Migrationsbevölkerung im Kanton Zürich betreibt und koordiniert.

### ZüFAM, Zürcher Fachstelle zur Prävention des Alkohol- und Medikamenten-Missbrauchs

Langstr. 229, 8005 Zürich  
Tel. 01/271 87 23, Fax 01/271 85 74  
E-Mail: info@zuefam.ch  
Leitung: Erika Haltiner, Christine Kaiser

Spezialisierte Fachstelle, die primäre und sekundäre Prävention des Alkohol- und Medikamenten-Missbrauchs betreibt.

### Züri Rauchfrei

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich  
Tel. 01/262 69 66  
Fax 01/262 69 67  
E-Mail: zurismokefree@swissonline.ch  
Internet: www.zurismokefree.ch  
Stellenleiter: Christian Schwendemann

Spezialisierte Fachstelle für Tabakprävention. Einzelberatungen (u. a. Auskünfte zu Entwöhnungsmethoden), Beratung von Betrieben. Schaffung von Materialien für Schulen. Expertisen zu Tabakpräventionsprogrammen. Rauchstopp-Programme für Jugendliche.

Im Internet: [www.suchtpraevention-zh.ch](http://www.suchtpraevention-zh.ch)



PP  
8712 Stäfa

# laut & leise

Magazin der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich  
Nr. 1, März 2002, erscheint dreimal jährlich, Jahresabonnement Fr. 20.–

## Politisch präventive Propaganda

Für jede Nummer von «laut & leise» wird eine fotografische Carte blanche vergeben. Der Illustrator Daniel Lienhard legt in seinen Bildmontagen das Augenmerk auf Texte und Slogans, auf jene Vehikel also, die Politik und Prävention gleichermassen einsetzen, in der Hoffnung, damit ihre Zielgruppe zu erreichen und ihre Position verständlich zu machen. (lienhard.illustrator@swissonline.ch)